

«Das ist ein Wohlstandsproblem»

Raimund Rodewald Der Geschäftsleiter der Stiftung Landschaftsschutz Schweiz, betont: «Für das ständige Wachstum sind wir Einheimischen verantwortlich.» Auch vor der Personenfreizügigkeit habe nicht «das pure raumplanerische Glück» geherrscht.

Herr Rodewald, Sie haben sich sicher gefreut am 9. Februar.

Raimund Rodewald: Nicht wirklich. Ich habe Nein gestimmt. Ich bin selber Abkömmling einer Einwanderungsfamilie und finde, eine Kontingentierung der Menschen ist keine Lösung für die Probleme, die uns das Wachstum tatsächlich bereitet.

Mit dem Ja zur Masseneinwanderungsinitiative hat das Stimmvolk gezeigt, dass es der Zersiedelung und dem Bodenverbrauch einen Riegel schieben will. Das müsste den Landschaftsschützer doch freuen.

Tatsächlich ist dies der Kern, der die drei Abstimmungen – Raumplanungsgesetz, Zweitwohnungsinitiative und MEI – verbindet. Die Angst vor ungebremstem Wachstum hat Ausdruck gefunden. Die Frage ist aber, ob das Rezept der SVP das richtige ist. Wir sind daran, in der Raumplanung Lösungen zu skizzieren, wir brauchen auch Lösungen in der Energieversorgung, aber nicht im Sinne, dass man einfach die Anzahl Köpfe kontingentiert.

Hat Sie das Ja überrascht?

Nein. Ich habe viele Kontakte mit Privatpersonen, die mir zu verstehen geben: Umwelt- und Landschaftsschutz ist schön und gut, doch eigentlich müsste man die Menschen reduzieren. Allein: Die Probleme, die wir haben, sind in der Vergangenheit entstanden. Es ist nicht so, dass vor der Personenfreizügigkeit das pure raumplanerische Glück geherrscht hätte.

Sie müssen aber zugeben, dass eine Nettozuwanderung von bis zu 80 000 Personen pro Jahr aus landschaftsschützerischer Sicht auf Dauer nicht handhabbar ist.

Das denke ich auch, weder das Ökosystem noch das soziale System in unserem Land vertragen das. Andererseits sind etwa die Niederlande auch sehr dicht besiedelt, doch sie haben es mit geschickter Raumplanung geschafft, dass die Städte kompakt und die Landschaften ziemlich frei geblieben sind. In der Schweiz aber haben wir praktisch das ganze Land mit Wachstum überzogen, und damit hat der Verbrauch von Boden überproportional zum Bevölkerungs-

«Zwischen dem Mut und dem Übermut ist die Demut.»

wachstum zugenommen. Das ist ein Wohlstandsproblem, der Wirtschaftsmotor Schweiz hat stets gebremst, und die Kantone haben mit ihrer Tiefsteuerpolitik die Wachstumsdogmatik mitgestützt. **Wie soll man diesen Mechanismus denn bremsen? Kaum geht es um die eigenen Vorteile, will niemand mehr einen Wachstumsstopp.**

Das ist die grosse Frage. Man kann moralisch argumentieren und sagen: Zwischen Mut und Übermut ist die Demut. Wir sind von einer Konsum- zu einer Anspruchs-gesellschaft übergegangen: Alles richtet sich nach den Ansprüchen. Dabei müssten wir die Politik stärker nach Nachfragebegrenzungen ausrichten. **Was heisst das?**



Landschaftsschützer Raimund Rodewald begrüsst Agglolac als richtige Entwicklung (siehe Titelseite).

Peter Samuel Jaggi

In der Raumplanung heisst das etwa, dass eine Stadt sagt: Wir haben genau diese bestimmte Fläche zur Verfügung. Es gibt Verdichtungspotenzial, aber auch dieses ist mal erschöpft. Wir müssten zumindest in Bezug auf den öffentlichen Raum und die Energie zu einer Angebotsorientierung gelangen. Im Moment dominiert die Nachfrage die Entwicklung, dabei müsste umgekehrt das Angebot die Nachfrage steuern.

Sie plädieren für «moderates Bevölkerungswachstum». Was heisst das?

Es müsste eines sein, das in einer Gemeinde nach einer breiten öffentlichen Diskussion definiert wird. Man sollte sich fragen: Wie viele Einwohner möchte der Raum Biel haben? Stattdessen macht man immer noch zu sehr eine Trendfortschreibung, ausgehend vom Wachstum der letzten Zeit. Das Paradoxe ist ja: Wir nehmen Wachstum negativ wahr, profitieren aber alle davon. Diese Paradoxie müssen wir brechen. **Was heisst das in Zahlen?**

Das lässt sich nicht generell sagen, es kommt auf das Gebiet an. Das Sottoceneri im Tessin ist wohl einfach voll. Man muss aus-

Zur Person

- Geboren 1959 in Schaffhausen
- Studium der Biologie, Promotion 1990 in Pflanzenbiologie
- Ab 1990 wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Stiftung Landschaftsschutz Schweiz (SL), seit 1992 dort Leitung
- Gastdozent für Landschaftsästhetik an der Uni Basel
- Expertentätigkeit in vielen Kommissionen und Arbeitsgruppen, rege Publikationstätigkeit
- Leitet Forschungsprojekte, etwa im Rahmen von NFP 48 und NFP 61
- 2008 Ehrendoktor der juristischen Fakultät der Uni Basel
- Lebt in Biel, leitet den Verein Philosophietage Biel/Bienne

tarieren und schauen, ob wir die Bevölkerung überhaupt noch versorgen können, mit Naherholungsgebieten, mit Verkehrsinfrastruktur, aber auch mit Energie. **Damit stellen Sie sich aber gegen die Personenfreizügigkeit.** Nein. Der Raum Genf etwa hat es geschafft, um die Stadt herum ein grosses Agrargebiet freizuhalten, indem man die Siedlungsentwicklung zumindest jüngst mit Frankreich gesteuert hat. Solche Herausforderungen muss man grossräumig angehen. Man könnte auch sagen: Jene Kantone, die übermässig wachsen wollen, müssen auch einen erhöhten Dichtepfad einschlagen. Und die dortige Bevölkerung muss es wollen, ihr Wohnumfeld in eine Dichtestadt umzuwandeln. Diese Diskussion fehlt noch.

Es zeigt sich, dass Anliegen des Landschaftsschutzes dann mehrheitsfähig werden, wenn sich linksgrüne und konservative Wachstumskritiker vereinen. Die SVP fand am 9. Februar darum eine Mehrheit, weil sie die Wachstumsdebatte plötzlich für sich gepachtet hat.

Es ist in der Tat sehr schade, dass die Wachstumsdebatte nun mit

Fremdenfeindlichkeit gepaart wird. Da haben grüne und linksliberale Kreise zu lange zugeschaut. Ich weiss, was es heisst, wenn Fremdenfeindlichkeit und Wachstumskritik verbunden werden: In der Schwarzenbach-Zeit wurden bei uns Fensterscheiben eingeworfen.

Was halten Sie von Ecopop?

Da bin ich klar dagegen, die Vermischung von vermeintlichen ökologischen Paradies-Prognosen mit der Kontingentierung von Menschen ist teuflisch. Dabei vergisst man, dass unsere Probleme in unserem Wohlstand wurzeln. Für das ständige Wachstum des Pro-Kopf-Verbrauchs an Energie sind wir Einheimischen verantwortlich, und 60 Prozent der Wohnbauten sind Einfamilienhäuser. Offenbar kann sich der Schweizer ein anderes Leben nicht vorstellen.

Ist die «Hügli-Schweiz», dieses nationale Ideal, das Hindernis für eine griffige Raumplanung?

Ja. Dabei ist es ein 50er-Jahre-Ideal, etwas, das eigentlich gar nicht der vorherigen Siedlungsweise in der Schweiz entspricht. Vorher wurde sehr kompakt gebaut. Der Staat, die Öffentlichkeit, subventionierte dann die «Hügli-Schweiz», mit dem Ausbau von Infrastruktur und der Verkehrserschliessung, und dass dies in der Masse in einen Albtraum mündet, ist klar.

Zum Zweitwohnungsgesetz haben aber Sie nun bereits ein Referendum angekündigt.

Beim vorliegenden Vorschlag und den Wünschen der Bergkantone nach «Nachbesserung» wird man nicht darum herumkommen.

Warum sollen aus Sicht des Landschaftsschutzes bestehende Wohnungen nicht umgewandelt werden dürfen? Die Häuser sind ja bereits gebaut.

Das Problem ist nicht die Umwandlung an sich, etwa bei einem Wegzug. Problematisch ist die Dynamik: Man verbietet den Neubau auf der grünen Wiese und verlagert den Markt damit in die Siedlungskerne, auf die Erstwohnungen. Damit treiben wir die Einheimischen aus den Dörfern raus. Die Gemeinden müssten Zonen festlegen, wo Umwandlungen sinnvoll sind und wo nicht. Das Tirol kennt eine solche Regelung, Crans-Montana hat sie schon vor Jahren eingeführt. **Der Bundesrat sagt doch, dass die Gemeinden dem Bau von Ersatz-Erstwohnungen am Dorfrand Grenzen setzen sollen.**

Wie will eine Gemeinde dies vollziehen? Das ist unmöglich. Da hat man ein Baugesuch zur Umwandlung einer Zentrumswohnung, und nach zwei Jahren baut eine Genossenschaft am Ortsrand ein Haus, und der frühere Zentrumswohnungsbauer ist dabei. Was soll die Gemeinde dann machen? **Das Verbot des Ausbaus von Zweitwohnungen ist gesetzlich gewollte Wertverminderung.** Das macht für uns auch keinen Sinn. Wir wollen ja, dass Gebäude genutzt werden, und dann sollen sie etwa auch energetisch saniert werden dürfen. Und dies ist oft verbunden mit einer Volumenvergrößerung beim Dach.

Alte, unrentable Hotels sollen umgewandelt werden dürfen. Das ist doch allemal besser als sie ganz verlottern zu lassen.

Damit bietet man genau jenen Leuten, die ihre Hotels verlottern lassen, eine Ausstiegshilfe. Man kann aufgegebene Hotels auch abbrechen. Wir fordern, dass die Hotelstandorte planerisch gesichert werden, weil sonst Ortskerne absterben.

Berggemeinden müssen die Möglichkeit haben, sich entwickeln zu dürfen, etwa mit dem Bau neuer Ferienwohnungen.

Sicher. Aber gibt es tatsächlich eine Nachfrage für neue Wohnungen in strukturschwachen Gebieten wie dem Calancatal, auf Vermietplattformen, die etwa nach

«Einfach Nein zu sagen, interessiert mich nicht.»

China ausgerichtet sind? Das ist völlig weltfremd, das funktioniert nicht, und man verlagert erst noch den Zweitwohnungsbau in diese strukturschwachen Gebiete. Wenn schon sollen die vielen leerstehenden Wohnungen auf regionalen Vermietplattformen beworben werden, das belebt die Ortskerne. **Albert Rösti von der SVP fordert, dass Entwicklung in allen Regionen möglich sein soll, sonst drohe eine Abwärtsspirale in den ländlichen Gebieten.**

Der Unterhaltsbedarf für die Erschliessung der Zersiedlungsstruktur beträgt etwa 20 Milliarden Franken pro Jahr. Das zahlt der Steuerzahler. Wir können einfach nicht in jedem Tal, in jeder Gemeinde irgendwelches Kleingewerbe ansiedeln. 30 Prozent der Gewerbezonen im Kanton Bern sind nicht überbaut, das sind jene im peripheren Raum. Arbeitsplätze entstehen heute eben primär an gut erreichbarer Lage.

Rösti sagt: Jeder Arbeitsplatz, der im ländlichen Raum erhalten bleibe, verringere den Verkehr.

Das ist eine Illusion. Das ist auch in der Stadt nicht so. Das Pendlerproblem ist viel komplexer. Zu meinen, man könne einen Arbeitsplatz schaffen, der dann von einem Nachbar belegt werde, ist realitätsfern.

Machen Sie sich eigentlich gerne Feinde?

Nein, aber ich führe gerne Diskussionen. Unsere Demokratie lebt davon, es geht darum, in der Diskussion bessere Lösungen zu finden. Einfach Nein zu sagen, interessiert mich nicht.

Bekannt geworden sind Sie mit Galimz, da haben Sie sich nicht nur Freunde geschaffen.

In der Tat, bis hin zur Regierung. Aber der nicht erfolgten Ansiedlung, auf die wir so den Finger gehalten haben, trauert heute niemand mehr nach.

Eine kleine Bemerkung zum Schluss kann ich mir nicht verkneifen.

Nur zu.

Sie tragen einen eigenartigen Namen für einen Landschaftsschützer.

Etymologisch bedeutet er nicht «Wald roden», sondern «grosser Wald». Aber es ist so, wo mein Vater herkommt, in Schlesien, hat es keinen Wald mehr, dort wurde er abgerodet. Vielleicht habe ich da irgendeine Schuld abzutragen (lacht). Interview: Tobias Graden